

Dienstag 20. September
in Schimms Rest. eine
FRAUENVERSAMMLUNG

statt R.F. * Olga von * * * * *

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Einzelnummer 10 Pfennig
für Familienangehörige 20 Pf., für die Ressortseite fachlich bedeckend
aus dem kapitalistischen Teil einer Tageszeitung 1,50 RM. Einzelgenaukunde zur
Abrechnung von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-N. 1, Österreicherstraße 2

Einzelnummer 10 Pfennig
für Haus monatlich 2,50 RM (nicht im voran), durch
die Post 2,20 RM (ohne Zustellung). Die Arbeitskasse zahlt täglich
auch ander an Samm- und Heiltagen. In diesen höheren Beträgen falls
Entsatz auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N. 1, Geschäftsstelle und Redaktion: Wettinerstraße 8, Telefon 17200, Postleitziffer: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr alle Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags 18-19 Uhr juristische Sprechstunden.

6. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 20. September 1930

Nummer 220

Durch Notverordnung unter Ausschaltung des Parlaments

Diktatursteuern in Sachsen

SPD-Führer und Nazis als Einpeitscher der Youngsteuern / Wir fordern sofortige Einberufung des Landtages! / Massenkampf gegen Steuerdiktatur!

Dresden, den 20. September.
Entsprechend dem Steuerauszug der Brüning-Regierung beschlägt auch das sächsische Ministerium die sofortige Durchführung einer Notverordnung. Darnach soll noch für das Rechnungsjahr 1930 die Kopfsteuer in Höhe eines Mindestbetrages von 1 Mark pro Gemeindebürger erhoben und der volle Jahreszins auf das Rechnungsjahr 1930 angerechnet werden. Weiter ist beschlossen die obligatorische Einführung der Biersteuer, ihre Erhöhung von 2,50 Mark auf 3,50 Mark pro Hektoliter und die Erhebung der Getränkesteuer.

Auf diese Weise sollen Hunderte von Millionen Mark aufgebracht werden. Statt Streichung der hohen Vermögen und Einkommen, statt Streichung der Ausgaben für Kirche und Bürgertum, statt Herabsetzung der hohen Gehälter und Pensionen sollen die Werkstätigen Sachsen bluten. Zum Lohn- und Gehaltszettel soll eine infame neuerliche Steuerbelastung hinzutreten. Nicht genug damit! Das sächsische Ministerium beschließt die Beschleierung und Durchführung der

Notverordnung unter Ausschaltung des Parlaments.

Niedriglich der Zwischenausschuss des Landtages, der leider Einspruchstreite besitzt, soll gehört werden. Die Kommunisten haben bereits während der Reichstagswahl die Einberufung des Landtages verlangt, um zur Brüning-Notverordnung Stellung zu nehmen und Beschlüsse zu fassen. Jetzt haben wir erneut in nachstehendem Brief an den sozialdemokratischen Landtagspräsidenten Weigel die sofortige Einberufung des Landtages gefordert:

„Sehr. Dresden, am 18. September 1930.
Mein Herr Präsident
des Sächs. Landtages, Herrn Abg. Weigel.

Heute erhielten wir die Einladung zur Sitzung des Zwischenausschusses am kommenden Dienstag. In dieser Sitzung soll die Notverordnung der sächsischen Regierung über die Durchführung der Bestimmungen der Notverordnung der Brüning-Regierung betr. Gemeindesteuern besprochen werden. Die Durchführung dieser Notverordnung bedeutet für die Gemeinden die Verpflichtung, von den arbeitenden Massen unerlässlich ungewöhnliche Steuerbeläge zu erheben. Sie bedeutet die Durchführung der Kopfsteuer, die allgemein nach den bekannten Vorgängen als Negersteuer bezeichnet wird, die Durchführung der Biersteuer.

Die Praxis der letzten Zwischenausschusssitzung zeigte, daß in dem Ausschuss Forderungen der Partei nicht beraten werden. Die Regierung ist nach der in vor letztener Sitzung festgelegten Sicht der Mehrheit des Ausschusses an die Meinungsäusserung des Ausschusses nicht gebunden. Die Einberufung dieses Ausschusses hat also praktisch nur den Wert, die Arbeitnehmer zu lästern.

Die kommunistische Fraktion hat von Ihnen mehrfach die Einberufung des Landtages gefordert, damit öffentlich gegen die Notverordnung Stellung genommen werde. Sie

haben das bisher abgelehnt. Erst mit der Begründung, daß der Zwischenausschuss zusammenentrete, dann, als Sie im Zwischenausschuss selbst erklärt, daß dort Anträge der Parteien nicht beraten werden könnten, mit der Begründung, der Landtag solle am 30. d. M. zusammenentreten. Die jetzt wieder durchgesetzte Einberufung des Zwischenausschusses bedeutet praktisch eine Unterstützung der Massenplünderung durch die Notverordnung der sächsischen Regierung.

Die unterzeichnete Fraktion fordert deswegen nochmals, daß an Stelle des Zwischenausschusses das Plenum des Landtages zusammenentrete, um dort zu dem Vorgehen der sächsischen Regierung Stellung zu nehmen.

Für die Sächsische-Landtags-Fraktion der KPD:
Rudolf Renner."

Wären die sozialdemokratischen Führer nicht die Lakaien Brünings, wären sie nicht die Zutreiber des Steuerdiktats, hätte Weigel als Landtagspräsident bereits damals unserem Antrag auf Einberufung des Landtags stattgegeben.

Es wäre die billige Pflicht der sozialdemokratischen Fraktion gewesen, die Einberufung des Landtages zu erzwingen. Nichts haben sie unternommen.

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

KPD-Reichstagsfraktion fordert Einstellung der Youngzahlungen

Ein kommunistisches Sparprogramm im Interesse der Werkstätigen

Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtmeldung)

Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat die kommunistische Reichstagsfraktion beauftragt, einen Antrag auf Einstellung der gesamten Young-Zahlungen einzubringen. Die kommunistische Reichstagsfraktion wird ferner im neuen Reichstag ein Sparprogramm vorlegen, das Anträge auf Streichung der Ausgaben für Reichswehr, Polizei, Kulturaktion und für Abbau der hohen Minister- und Beamtengehälter und hohen Staatspensionen, dagegen aber die harte Steuererhöhung der Besitzenden und Ausbeuter vorsieht. Diese Forderungen wird eine Anzahl weiterer Anträge für alle Schichten der Werkstätigen folgen.

Wir Kommunisten beweisen durch diesen Antrag, daß es uns ernst ist, alle Möglichkeiten des Kampfes gegen den Youngplan und die kapitalistische Sklaverei auszunutzen. Dabei sind wir uns völlig klar darüber, daß diese Forderungen nur verwirklicht werden durch den revolutionären Massenkampf, durch ein Sowjetdeutschland. Aber wir wollen durch diesen Antrag die Schwäger, die im Wahlkampf den Massen versprachen, Gelegenheit geben, sich als Vertrüger zu entlarven. Den Werkstätigen wird durch diesen Antrag der Weg des Kampfes gezeigt, durch welchen sie aus dieser elenden

Lage herauskommen. Dieser Antrag ist ein Kampfsignal für Stadt und Land zum Massenaufmarsch gegen die kapitalistische Youngsklaverei, für die Befreiung der Werkstätigen.

KPD für Regersteuer

Berlin, 20. September. (Eig. Drahtmeldung)

Im Frankfurter am Main und Leipzig, wo die Sozialdemokraten im Gemeindeparlament überwiegend den Einfluss haben, im Magistrat führen und ausschlaggebende Amter besetzen, sind die Diktatursteuern vom Magistrat vorgeschlagen worden. Während in Frankfurt am Main zunächst nur die Erhöhung der Gewerbe-, Biersteuer und die Einberufung der Gewerbe-Gehältesteuer vorgeschlagen wurde, soll in Leipzig auch die Regersteuer eingeführt werden.

Nazis genau dieselben Youngsteuere!

Die Berliner kommunistische Stadtverordnetenfraktion hatte es durch nachhaltige Obstruktion gegen die SPD und alle bürgerlichen Parteien durchgelebt, daß die KPD-Anträge gegen die Notverordnungen der Brüning-Regierung und gegen das Steuerdiktat der Otto-Braun-Regierung am 18. September zur Verhandlung kamen. Diese Anträge forderten, daß die Stadt Berlin die Durchführung der verfassungswidrig dictierten Regersteuer, Gewerbegehängesteuer, die Erhöhung der Mieten und der Gewerbesteuern ablehnt und die Werkstätigen zum Steuerstreik aufruft. Die Nazis, die sich auf Ministerposten und Stadtratsposten spekulieren, wagten nicht, zu diesen Anträgen Stellung zu nehmen. Mit der fahndungsreichen Gründung, daß sie „vergewaltigt“ worden seien, flüchteten die Nazis aus der Stadtverordnetenversammlung.

Die Nazis haben damit klar bewiesen, daß sie für die Youngsteuern und für die unverschämte Ausplünderung der Werkstätigen sind. Gleichzeitig demonstrierten sie der Bourgeoisie ihre Fähigkeit, Ministerposten in der Young-Republik zu belegen.

Die Einigungsformel für den Haubzug

Berlin, 20. September. (Eig. Drahtmeldung)

In der nächsten Sitzung der Reichsregierung wird das Ausplünderungsprogramm festgelegt. Brüning will dieses Programm, das besonders weitere Verschlechterungen in der Erwerbslosenversicherung und Senkung der Besitzsteuern vorsieht, zur Grundlage der Machtbildung im Reichstag machen. Hinter den Kulissen wird schon jetzt vorgeführt. In den nächsten Tagen soll mit den Führern der verschiedenen Parteien direkt gekämpft werden.

Alarm für Sachsen's Metallarbeiter!

Berliner Metallindustriellenverband fordert 15 Prozent Lohnabbau — SGF Freital kündigt Lohnabbau an — Gemeinsame Streiffront gegen Lohnräuber!

Berlin, 20. Sept. (Eig. Drahtmeldung)

Die gestrigen Verhandlungen zwischen dem BBM und dem Berliner Metallarbeiter haben das Ziel der Unternehmer, einen generellen Lohnabbau zu erzielen, deutlich enthüllt. Der Generaldirektor Koemmener als Sprecher der Scharkmacher verlangte nicht mehr und nicht weniger, als einen 15prozentigen Abbau der Tariflöhne in der Berliner Metallindustrie. Dieser Lohnabbau dürfe aber nicht auf Berlin beschränkt bleiben, sondern müsse in ganzem Reich (!!) erfolgen. Auch vor den Gehältern der Angestellten dürfe nicht halt gemacht werden. Besonders seien die Vöhne der Gehälter der Berliner Arbeiter, Angestellten und Beamten erheblich herabzusetzen. Eigentlich, meinte Koemmener in seinen Ausführungen, müsse der Abbau der Tariflöhne um 30 Prozent erfolgen. Die Unternehmer hätten aber davon Abstand genommen, weil das nicht aus einmal gehe. Jedoch würden die Berliner Metallindustriellen von der Forderung aus 15prozentigen Lohnabbau nicht abgehen.

Die freche Bekündung des Lohnabbaues, eine Generaloffensive auf die Vöhne der deutschen Proleten, ist ein Signal für die sächsische Arbeiterschaft zur Organisierung eines gemeinsamen Kampfes auf der ganzen Linie.

Freital, den 20. September.

Die sächsische Gußstahlfabrik in Freital-Döhlen hat einen Lohnraub von 10 Prozent angekündigt. Dieser Lohnraub wird damit begründet, daß der Betrieb gegenüber der Gußstahlfabrik des Rheinlandes zu teuer produziere. Pätzig, der berüchtigte SPD-Betriebsratsvorsitzende, hat eine Rede gegen den Lohnraub gehalten. Aber wir fragen, was tut Pätzig praktisch? Durch Verhandlungen hat er bisher immer die Proleten an die Direktion verlaufen. Seit Monaten herrscht der tariflose Zustand. Pätzig und der DMB tun nichts, um den Kampf gegen den frechen Lohnraub der Kapitalisten zu organisieren. Die KPD fordert die Arbeiter auf, sofort eine Kampfleitung zu bilden, um dem frechen Ansehen der Reaktion die geistige Streiffront der gesamten Bevölkerung entgegenzustellen.